

Sexueller Missbrauch: Bistum Osnabrück will Priestern Gehalt kürzen Jeden Einzelfall überprüfen

Das katholische Bistum Osnabrück will Priestern, die sich des sexuellen Missbrauchs schuldig gemacht haben, das Gehalt bis auf 1.000 Euro kürzen. Justizministerin Havliza lobt die Bereitschaft der Kirche zur Kooperation.

"Wir beabsichtigen, eine entsprechende Regelung einzuführen, müssen das aber zuerst noch rechtlich abklären", sagte Sprecher Hermann Haarmann am Donnerstag dem epd. Von den 1.000 Euro würden noch Beiträge etwa für die Krankenversicherung und Miete abgezogen, so dass den Priestern zum Leben kaum mehr als der Sozialhilfesatz bliebe. Es würde aber jeder Einzelfall überprüft. Die Landesregierung in Hannover lobte unterdessen die Kooperationsbereitschaft der niedersächsischen Bistümer in Missbrauchsfällen.

Hintergrund für die geplanten Sanktionen ist der Fall des heute 85-jährigen Priesters, der zwischen den 1960er und 1990er Jahren in vier Gemeinden im Emsland und im Landkreis Osnabrück mindestens 16 Kinder missbraucht haben soll. Das Bistum geht von einer hohen Dunkelziffer aus. Es will in Rom die Entlassung des Priesters aus dem Klerikerstand erreichen. Das hat der Vatikan bereits einmal abgelehnt. Sollte auch ein weiterer im Januar gestellter Antrag abgelehnt werden, sollte wenn möglich die neue Regelung Anwendung finden, erläuterte Haarmann.

"Aufgabe der Justiz und nicht der Kirche"

Bei einer Entlassung aus dem Klerikerstand würden ohnehin alle Zahlungen eingestellt. Der heute in einem Altenheim lebende Priester wurde nach Angaben des Bistums mit drei Taten konfrontiert und hat sie zugegeben. Alle bisher öffentlich gewordenen Taten sind strafrechtlich bereits verjährt. Zuerst hatte die "Neue Osnabrücker Zeitung" über die Gehaltskürzungen berichtet.

Landesjustizministerin Barbara Havliza (CDU) lobte die Kooperationsbereitschaft der niedersächsischen Bistümer in Missbrauchsfällen. Sie hätten den Ermittlungsbehörden umfassenden Zugang zu den erforderlichen Unterlagen gewährt, sagte Havliza bei einer "Aktuellen Stunde" im Landtag in Hannover. "Die umfassende Aufklärung der im Raume stehenden Vorwürfe ist selbstverständlich Aufgabe der Justiz und nicht der Kirche." Die Staatsanwaltschaften Hildesheim und Osnabrück haben nach Sichtung der Akten eigenen Angaben zufolge jeweils zwei Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Aufklärung und Vorbeugung

Die katholische Reformbewegung "Wir sind Kirche" äußerte sich unterdessen positiv über das am Mittwoch vorgestellte Konzept des Bistums Osnabrück zur Aufklärung und Vorbeugung von sexuellem Missbrauch durch Priester. Bischof Franz-Josef Bode hatte erklärt, in allen Bereichen von der Prävention bis zu Grundsatzfragen der katholischen Kirche stärker als bisher mit externen Experten zusammenarbeiten zu wollen.

Christian Weisner vom Bundesteam "Wir sind Kirche" sagte dem niedersächsischen Sender Radio ffn in Hannover, es dürfe allerdings nicht beim Konzept eines einzelnen Bistums bleiben. Notwendig sei ein gemeinsames Konzept aller deutschen Bischöfe. Bisher gebe es einen Flickenteppich, weil kein Bischof an Weisungen gebunden sei.

Er wünsche sich, dass die Deutsche Bischofskonferenz das Osnabrücker Konzept für alle Bistümer "als Ganzes übernehmen würde", sagte Weisner. Die Konferenz kommt vom 11. bis 14. März zu ihrer Vollversammlung in Lingen im Emsland zusammen. Allerdings sei für viele Bischöfe das Problem immer noch nicht ganz so wichtig.

(epd)

Zuletzt geändert am 08.03.2019